



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

**Inhalt:** Wissen macht frei. — Die Fabrikinspektoren über die Beschränkung der Frauenarbeit. (Schluß.) — Feuilleton: Friedrich Koenig, der Erfinder der Schnellpresse. (Schluß.) — Wochenhilfe nach der Reichsversicherungsordnung. — Korrespondenzen (Frankfurt a. M., Gaukonferenz der Gawe 4 und 4a). — Versammlungsfalender. — Adressenveränderungen. — Briefkasten. — Statistik. — Abrechnungen. — Anzeigen.  
**Beilage:** Wahrheit, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. — Rundschau. — Eingegangene Druckchriften.

Für die Woche vom 20. bis 26. August 1911 ist die Beitragsmarke in das mit 34 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Wissen macht frei.

„Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von weit größerer Bedeutung sein, als die Erinnerung an den Schlachttag von Sabowa.“

Dieses gewaltige Wort des Altmeisters der deutschen Arbeiterbewegung, Jacoby's, hat sich bewährt. Kultur ist es, was in den zahllosen Gewerkschaftsvereinen und deren Versammlungen gefördert wird. Und doch sehen wir, daß der Drang des arbeitenden Volkes nach Bildung und Wissen immer mehr anschwillt, daß das Bestreben des organisierten Proletariats, ganz zu erkennen, was gut und was böse ist, sich in immer stärkerem Maße bemerkbar macht.

Betrachten wir uns die Erfolge, die das vergangene und das angefangene Jahrhundert auf allen Gebieten menschlichen Wissens erreicht hat, so müssen wir staunen, über die Regsamkeit des Geistes. Während die moderne Naturwissenschaft den Glauben von der Erschaffung des Menschen durch ein überirdisches Wesen längst auf den Müllhaufen geworfen, ist selbst die liberale Theologie dazu übergegangen, zu erklären, als Ueberschrift der Einleitung der Bibel müßten wir setzen: Das Märchen von der Erschaffung der Welt. Geologen und Astronomen haben das menschliche Auge abgeleitet, von der begrenztsten Sehfläche und hinausgeführt in die unendliche Fernen des Weltalls. Physik und Chemie haben sich in den Dienst der Menschheit, insonderheit der Technik gestellt und Resultate für die Menschheit rechtzeitig, die alle Erwartungen großer Geisteshelden vergangener Jahrhunderte weit übertroffen haben.

Alle diese Erfolge hat das moderne Kapital in seine alles umfassenden Fangarme genommen, nicht zu dem Zwecke, der ausgepöberten Menschheit Erleichterung zu schaffen, sondern nur zu dem Zwecke, Gewinn hieraus zu schlagen, der einzig und allein wieder in die Taschen des Kapitals fließt. Sofern aber die Erfolge der schönen Künste in Betracht kommen, soweit Musik, Malerei, Plastik unvergängliche Schätze für das nach Gutem und Schönerm lebende Volk geschaffen, sehen wir, wie die beständige Masse sich jederzeit

bemüht, diese Errungenschaften gewaltiger Geisteshelden dem Volke ständig vorzuenthalten. Durch alle die Unterrichtsstunden der Schule des arbeitenden Volkes zischt sich wie ein roter Faden der Gedanke, lebe, um Gott zu danken, der dich geschaffen. Das Volk aber hat längst erkannt, daß es auch ein Recht hat, teilzunehmen an all den Errungenschaften der Kultur, auch das Volk will teilnehmen und schöpfen an dem klaren Quell der sprudelnden Wissenschaft um klar und frei zu werden. Das Volk weiß, daß alle die ungeheure Geistesarbeit der Besten des Volkes nur dann der Menschheit zum Segen gereichen kann, wenn dem ganzen Volke Gelegenheit gegeben wird, aus diesem uns nie versagenden Brunnen zu schöpfen.

So sehen wir denn auch ein gewaltiges Bestreben in allen modernen Gewerkschaften, den Wissensdurst des Volkes zu stillen. Ueberall muß festgestellt werden, daß es gerade das Volk ist, welches die Pflegestätten der Kunst und Wissenschaft weiß zu schätzen. Förmliche Schlachten entstehen, wenn in irgend einem Orte Villetts zu ermäßigten Preisen für die Opernvorstellungen ausgegeben werden, gewaltig ist der Umsatz an Karten, wenn solche zu erschwingenden Preisen für Konzerte und bildende Vorträge zu haben sind. Diesem Fühlen und Drängen des Volkes leisten die Gewerkschaften Folge. Und sie tun recht daran. Ist auch der eigentliche Zweck der Gewerkschaften, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des arbeitenden Volkes zu erstreben, so wissen wir doch, daß nur derjenige in diesem Kampfe das Ziel erreichen wird, der da weiß was er will, der ein klares Ziel vor Augen hat. Sagt doch schon Friedrich Engels im Vorwort zu Marx Kapital, daß einer klaren einsichtigen Masse, die durchdrungen ist von der Notwendigkeit der Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände, keine noch so starke reaktionäre Masse widerstehen kann. Sind auch wir von dieser Tatsache durchdrungen, wissen auch wir, daß nur dort Kraft vorhanden wo Wissen ist, so müssen wir uns auch fragen, ob wir auf dem Gebiete der allgemeinen Aufklärung unserer Mitglieder unsere notwendige Kulturmission erfüllt haben.

Betrachten wir uns einmal die Notizen, die die Tagesordnungen unserer Versammlungen mitteilen, gehen wir selbst einmal in die Versammlungen unserer Mitgliedschaften hinein, so müssen wir sagen, — wenn wir offenberzig sein wollen, — daß hier allerdings schlechthin nicht von einer Förderung des geistigen Wissens gesprochen werden kann. Aufnahme neuer Mitglieder, Protokollverlesen, Mitteilung des Vorstandes und „Verschiedenes“, das ist in den meisten, nicht in allen Fällen das Bild, welches uns entgegen leuchtet. Wagen wir es einmal, gegen dies Mißgericht verwürzter Speisung vorzugehen, dann können wir sicher sein, wir bekommen die Antwort: unsere weiblichen Mitglieder und auch ein Teil unserer männlichen Arbeitskollegen sind noch nicht reif genug, wissenschaftliche Vorträge oder Vorträge über Volksliteratur zu verstehen. O diese Verkänner der schlummernden Triebe in weiten

Kreisen unserer allgemeinen Kollegenschaft. Auch unsere Mitglieder besitzen ein Empfinden für Gutes und Schönes, möge es einem Zweige der Wissenschaft entspringen, welche wir auch kennen. Der Trieb muß nur geweckt werden, und dazu gehört allerdings ein Wollen. Wenn auch zugegeben werden soll, daß nicht alle Kollegen oder Kolleginnen interessiert werden können, für das Schöne der Kunst und Wissenschaft, weil die wirtschaftlichen Sorgen gar zu sehr das Innere ihrer Seele in Anspruch genommen haben, doch die Masse unserer Mitglieder ist geneigt, sich zu erholen bei Darbietung guter geistiger Kost. Licht und Leben kommt in ihr alltagsgraues Einerlei hinein und ihre Herzen werden erfüllt mit frischer Hoffnung, mit Vorahnung einer besseren Zukunft, für die sie nun umso lieber und stärker kämpfen werden.

Wir müssen deshalb bemüht sein, die Tagesordnungen unserer Versammlungen so auszugestalten, daß wir die schlummernden Triebe unserer Mitglieder auch wecken, Kulturarbeit in des Wortes wahrster Bedeutung müssen wir treiben. Gerade jetzt dürfte die Zeit gekommen sein, um vorzuarbeiten, für ein gutes, belebendes und unterhaltendes Winterversammlungsprogramm. Es ist nicht ratsam, nur für jede Versammlung in der voraus gegangenen Vorstandssitzung mit Mühe und Schwweiß eine Tagesordnung festzusetzen, um zu bestimmen, daß versucht werden soll, einen Referenten zu bekommen, der ein Thema wie es ihm genehm ist behandeln soll. Das ist natürlich trotz der Aufwendung von Schwweiß und Gehirnsumatz zwecklos und fördert nicht Gebanlen, die Mitglieder auch für unsere Versammlungen zu interessieren. Nein, es muß ein gut ausgearbeitetes sich ergänzendes Vortragsprogramm geschaffen werden. Schon jetzt müssen unsere Vorkände darauf bedacht sein, mit den notwendigen Referenten in Fühlung zu treten, diesen ihr Programm zu unterbreiten, damit, wenn es nicht möglich ist, einen Referenten für ein fortlaufendes Thema für mehrere Abende zu gewinnen, jeder Referent weiß, worüber in einer voraus gegangenen Versammlung gesprochen ist, damit er darauf wieder aufbauen kann. Nicht wahllos dürfen wir unsere Tagesordnung bezüglich der Vorträge aufstellen, sondern nach einem System, das Garantie bietet, unsere Mitglieder zu fleißigen Versammlungsbefuchern zu erziehen. Nicht eine kalte Abhandlung über dies oder jenes bringt unsere Mitglieder in die Versammlungen, sondern Belehrungen, die zugleich auch unterhaltender Natur sind. Und genug bietet uns die Naturlehre des unterhaltenden und zugleich belehrenden, viel Kampfesmut und Tapferkeit können wir schöpfen aus den Werken unserer modernen Dichterverst, die unsere Mitglieder besser imstande ist zu selbständigem Handeln zu erziehen, als die stereotyp sich wiederholenden Ausführungen unserer Verbandsschriftstatter. Wir müssen in den meisten Städten wohl auch in der Lage sein, entsprechende Vortragskräfte zu bekommen, wir müssen uns mit diesen nur früh genug vor der

Aufstellung unseres Programms in Verbindung stehen, dann werden wir auch manchen Jüngerzeit bekommen, der uns angenehm sein kann. Verfahren wir so, dann dürften wir das Wort Jakobs weiterhin an die Spitze der Gewerkschaftsorganisationen stellen. daß die Arbeitervereine Kulturförderer sind.

Aber nicht nur an die bessere Ausgestaltung der Versammlungen müssen wir denken, nein, es ist auch unsere Pflicht, denjenigen unserer Kollegen, die immerhin schon über ein bestimmtes Wissen und eine entsprechende Redegabe verfügen, Gelegenheit zu geben, sich im Dienste unserer Organisation so auszubilden, daß sie auch wirklich befähigt sind, als Evangelisten im Dienste der Arbeiterchaft tätig zu sein. Wohl mögen in größeren Städten durch die Tätigkeit der Bildungsanstalten Gelegenheit gegeben sein, sich weiter auszubilden, immerhin haben wir aber in unserer Organisation auch die Pflicht, Spezialauskultursarbeit zu leisten. Wir müssen deshalb die besten Kräfte unserer Mitgliedschaften an bestimmte festgesetzte Abende zusammenrufen, um nach Anhören eines entsprechenden Vortrags Gelegenheit zur Wiederholung des Gehörten zu geben, um entsprechende Diskussionen zu pflegen. Gerade dadurch können wir unsere Vertrauensleute mit dem notwendigen Wissen ausstatten, um sie zu befähigen, in der Fabrik usw. allen Anforderungen, die schließlich an einen Vertrauensmann gestellt werden, zu erfüllen. Hier ist zuerst daran zu denken, diese unsere Verbandsmitglieder eingehender, als es in allgemeinen Mitgliederversammlungen möglich ist, mit den Spezialgebieten des Arbeiterverhältnisses, der gewerblichen Rechtsprechung, den Verhältnissen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherungs-gesetze, der Gestaltung der Gesetze gegen und für die Arbeiterchaft usw. vertraut zu machen. Arbeiten wir in diesem Sinne, so wird der Erfolg: bestehend in der Ausbreitung und Festigung unserer Organisation, nicht ausbleiben. Deshalb auf, an die Arbeit.

Dresden.

lm.

## Die Fabrikinspektoren über die Beschränkung der Frauenarbeit

(Schluß).

Andererseits wird von einem Zustrom der Arbeit nach der Hausindustrie berichtet, so aus Breslau: „Manche Betriebsunternehmer halten sich dadurch, daß sie die Zahl der Arbeiterinnen auf neun verringerten und einen Teil ihrer Arbeit in der Hausindustrie herstellen ließen.“ Das kommt davon, wenn die Gesetzgebung nur halbe Arbeit macht. Aus Oberschlesien wird mitgeteilt: „Eine Abwanderung von Fabrik-

arbeiterinnen in die Heimindustrie war bei der Herabsetzung von Strumpfwaren zu verzeichnen.“ Tragisch scheint ein Unternehmer im Bezirk Schleswig eine Sache aufzufassen, die aber nur komisch wirkt. Durch die neue Gewerbeordnungsnovelle soll eine große Nachfrage in Schwierigkeiten geraten sein. Hören wir: „Bei dem großen Mangel an Arbeiterinnen war es nicht möglich, eine nennenswerte Vermehrung der in der Fabrik beschäftigten Kesslerinnen zu erreichen. Ein weiterer Versuch, frühere Arbeiterinnen der Fabrik, die sich inzwischen verheiratet hatten, als Heimarbeiter mit dem Ausbessern der Netze zu beschäftigen, scheiterte an der Krankenkassenversicherungspflicht dieser Arbeiterinnen. Die Krankenkassensekretäre lehnte die Aufnahme der Heimarbeiterinnen ab, und der Kesselfabrik wurde aufgegeben, sie bei ihrer Fabrikkrankenkasse zu versichern. Dies ließ sich jedoch nicht durchführen, weil die nur gelegentlich arbeitenden Kesslerinnen oft nur einen Wochenlohn von 3,— bis 4,— M. ersichteten, und aus deren Aufnahme eine zu große Belastung der Krankenkasse befürchtet wurde.“ Wir glauben kaum, daß die Arbeiter ob diesem so glaubherzig vorgetragenen Leid großes Mitgefühl bekunden werden! Aus dem Bezirk Aachen wird berichtet, daß die Arbeiterchaft selbst eine scharfe Kontrolle ausübt, ob den Arbeiterinnen Arbeit nach Hause mitgegeben wird. Aus dem Bezirk Düsseldorf wird mitgeteilt, daß über die Mitgabe von Arbeit nach Hause, in Warmen seitens der Arbeiterorganisationen einzelne Klagen eingelaufen sind.“ Im Bericht für Berlin wird „erwartet, daß die zum großen Teil straff organisierte Arbeiterchaft auch hier die notwendige Kontrolle selbst ausüben und Verstöße zur Anzeige bringen wird.“

Als Nebenwirkung des neuen Gesetzes wird vielfach berichtet, daß auch die Arbeitszeit der Männer eine Beschränkung erfahren habe. Das geschah aber nicht immer durch den guten Willen der Unternehmer, sondern die männlichen Arbeiter drängten dahin. In den Buchdruckereien ist die Zahl der Arbeitsstunden für die Männer zwar meist die gleiche geblieben, sie wurden aber anders gelegt. Auch die „englische Arbeitszeit“ kam (an den Tagen vor Sonn- und Festtagen) hier und da zur Einführung. Sonderbar mutet eine Bemerkung im Bericht für Kassel an, wo es bedauert wird, daß es einer Anzahl „Arbeiterinnen vom Lande“, die wochentags in der Stadt beschäftigt sind, nicht möglich war, den frei gewordenen Sonnabendnachmittag mit Landarbeit auszufüllen, „weil die Rückfahrt in die Heimat so spät stattfand.“ Die Wirkungen der verkürzten Arbeitszeit werden bei den verheirateten Arbeiterinnen als günstig geschildert, indes nicht in gleichem Maße bei den ledigen Arbeiterinnen, die nicht immer „sittsame Bürger-

tüchtiger Buchdrucker, der das schlechte Papier damaliger Zeit kannte, sagte Koenig jede Unterstützung zu und wurde Mitbegründer der Papierfabrik. Diese sollte jedoch mit den neuesten Maschinen ausgestattet sein. Da man diese nur in England hatte, unternahm Koenig im Sommer 1823 eine Reise zum Studium derartiger Fabriken. Ende des Jahres kehrte er aus England zurück.

Um Geld zu beschaffen, bot Koenig die oben erwähnten vier kleinen Doppelmaschinen aus. Eine wurde ihm von Cotta abgenommen; die zweite und dritte wurde von den Grund'schen Erben in Hamburg zum Druck des „Hamburgischen Correspondenten“ erworben, und die letzte im April 1825 nach Kopenhagen geliefert.

Das Jahr 1825 war für Koenig ein Glücksjahr. Im Sommer lernte er die 17 Jahre alte Anna Jacobs, die Tochter der verwitweten Antmann Jacobs, in Suhl kennen. Aus der Bekanntschaft nahm der fünfzigjährige eine starke Neigung für das junge Mädchen mit, und nachdem er die Gewißheit hatte, daß einer Verbindung nichts im Wege steht, verlobte er sich mit Anna, worauf am 24. Oktober 1825 die heilige Vereinigung folgte. Die Ehe war eine überaus glückliche. Aus derselben entsprossen drei Kinder, zwei Söhne und eine Tochter.

lächeln“ sein wollen. Aus dem Bezirk Merseburg wird z. B. darüber berichtet: „Manche Arbeitgeber vertreten die Ansicht, daß die unverheirateten Arbeiterinnen keinen nützlichen Gebrauch von ihrer freien Zeit zu machen wüßten und diese wohl oft nur gebräuchten, um ihrem Vergnügen nachzugehen. (Als ob dies ein Verbrechen bei — Arbeitern wäre!) Ein Buchdruckerbesitzer glaubte, eine solche Zunahme der Unsolubilität seiner Arbeiterinnen festgestellt zu haben, daß er sich entschloß, keine Arbeiterinnen mehr zu beschäftigen.“

Der erweiterte Böhnerinnenschutz wird nach den Berichten der Fabrikinspektoren vielfach dadurch ershwert, daß die Arbeiterinnen nach ihrer Niederkunft andere Arbeit annehmen und sich dann schwer kontrollieren läßt, ob die Schutzfrist gewahrt bleibt. Verdienen, verdienen! heißt es eben, sodas sich die Frauen nach der Niederkunft kaum Zeit zur Erholung gönnen. „Es sind Fälle bekannt geworden“, heißt es im Merseburger Bericht, „in denen Schwangere von der Arbeit fortgebracht werden mußten, weil die Niederkunft bereits begonnen hatte.“ Aus dem Regierungsbezirk Erfurt wird berichtet: „Solange die Krankenkassen nicht verpflichtet werden, für diese acht Wochen unverkürzt Krankengeld zu zahlen, äußert sich diese Schutzmaßnahme als eine Härte für die Arbeiterinnen. Dieser mangelnde Ausgleich wird von den Gewerbeaufsichtsbeamten der verschiedensten Bezirke beantragt. Schuld ist wieder die bürgerliche Reichtagsmehrerheit.“

Ein traurig Kapitel ist das der Strafen. Die übliche Niedrigkeit der Strafen bei Vergehen gegen Arbeiterschutzbestimmungen wird in oft geradezu unerhört frecher Weise ausgenutzt. Selbst in der zarten Sprache der Gewerbeaufsichtsbeamten kommt oft der Groll über die lächerlich geringe Strafhöhe zum Ausdruck. Aus Königsberg wird berichtet: „Die wiederholte Rückfälligkeit einzelner Betriebsleiter läßt darauf schließen, daß die geringe Höhe der verhängten Geldstrafen nur wenig abschreckend gewirkt hat. Aus Gumbinnen und Allenstein: „Die Höhe der gerichtlichen Strafen war vielfach auffallend niedrig, häufig wurden sogar dieselben Vergehen im Rückfalle milder beurteilt und niedriger bestraft als die erste Uebertretung.“ Im Bezirk Potsdam beschwerten sich die Gewerbeaufsichtsbeamten „über die häufige Freisprechung der Ziegeleibesitzer“. Der Oberstaatsanwalt hatte darnach die Amtsverwaltung darauf hingewiesen, Berufung einzulegen. So kamen „sämtliche Fälle vor die Strafkammer.“ In einer Ziegelei, „in der die Arbeiterinnen elf Stunden und an den Sonnabenden zehn Stunden beschäftigt wurden, erklärte der Betriebsleiter dem Gewerbeinspektor, daß er in der bisherigen Weise weiter arbeiten

Die nun folgenden Jahre sind als eine aufsteigende Periode für den Bau der Druckmaschinen zu bezeichnen. Die Maschinen wurden jetzt in vier Gattungen gebaut und zwar in zwei Formaten als einfache, als Doppelmachine und als Kompletmaschine. Neben dem Bau der Druckmaschinen wurde auch der Bau von Farbmühlen mehr betrieben, denn diese waren eigentlich ein Zubehör zu der ersten, weil man zu jener Zeit noch keine Farbmaschinen kannte, vielmehr jeder Drucker sich seine Farbe selbst kochen mußte, diese aber sodann auf der Mühle verrieben wurde. Je inniger das geschah, desto besser war es.

Von den Maschinenbestellungen aus dem Jahre 1826 lag auch eine aus Leipzig vor von H. A. Brockhaus, welcher darauf sein Konversationslexikon drucken wollte. Um dieselbe Zeit wurden zwei Maschinen von Lessing in Berlin bestellt zum Druck der „Vossischen Zeitung“, auch eine Doppelmachine an A. W. Hahn in Berlin geliefert.

In Leipzig ging die Einführung der Maschine nicht so glatt von statten. Unter Leitung des Obermeisters der Buchdrucker-Zunftung (Prinzpalen) rotteten sich die Druckgesellen zusammen und drohten mit Vernichtung der Maschinen. Nur dem besonnenen Handeln der Meister der Maschi-

## Friedrich Koenig, der Erfinder der Schnellpresse.

Von Johannes Berger.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Schon seit längerer Zeit war es für Koenig klar, daß er nur ständig beschäftigt ist, wenn er den Bau von Maschinen vornimmt ohne daß gleich Abnehmer dafür vorhanden sind. Wie diese Maschine, ob in feste Hände oder leihweise, unterzubringen sein würden, stand noch dahin. Vor-erst hatte er den Bau von vier kleinen Doppelmaschinen begonnen; daneben wurden die Maschinen für eine Säge- und Lohmühle hergestellt. Die Errichtung einer solchen Mühle stand bei den Freunden fest. Glaubte man doch durch die Einnahmen aus dieser Mühle über die immer schwierigen Geldverhältnisse hinwegzukommen.

Ein anderer Plan wurde jetzt auch von Koenig mehr in den Vordergrund geschoben: der Bau einer Papierfabrik, und zwar für endloses Papier. Aus der Fabrikation des Papiers war noch Geld herauszuschlagen, wenn es auch für das erste viel wichtiger war, Geld hineinzustecken. Um Geld zu beschaffen für diesen Zweck, hatte sich Koenig auch an Cotta gewandt. Dieser, ein

lassen würde. Gegen das Urteil des Schöffengerichts, durch das er zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt war, legte er Berufung ein, worauf die Strafkammer die Strafe auf 100 Mark erhöhte. Da das Strafverfahren sich bis zum Schlusse der Kampagne hinzog, setzte er die ungeschäftliche Beschäftigung bis dahin fort. Die Polizeiverwaltung ist angewiesen worden, sofort nach Beginn der neuen Kampagne eine Revision der Anlage vorzunehmen und einen neuen Strafantrag zu stellen, wenn die ungeschäftliche Beschäftigung nicht abgestellt sein sollte." Worauf dann wohl das liebliche Bild von neuem abgerollt werden wird. Was sollen da 100 Mark Strafe? Wir möchten die „sittliche Entrüstung“ unserer „Staatsverhaltenden“ sehen, wenn sich etwa Arbeiter beikommen lassen wollten, so offen das Gesetz zu verhöhnen. Ein anderer Fall liegt ähnlich. Es handelt sich hier um eine Schildefabrik, wo ein gleicher Proz. festgesetzt wurde. Von einem Gerichtsurteil, das im Bezirk Frankfurt a. O. gegen einen Ziegelmeister erging und diesen freisprach, heißt es: „Gegen das Urteil ist Revision eingelegt, da es geeignet ist, die Gewerbetreibenden noch gleichgültiger gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu machen, als sie es ohnehin schon sind.“ Im Bericht für den Bezirk Arnberg heißt es: „Auf eine Anzeige von unbekannter Seite warnte der Gewerbeinspektor den Inhaber eines großen Kaufhauses vor der von diesem geplanten Beschäftigung von Arbeiterinnen seiner Konfektionswerkstätte in der Nacht zum Karfreitag. Da die Nacharbeit trotzdem stattfand, wurde Strafantrag gestellt. Der Inhaber wurde mit 20 Mark bestraft.“ In einer anderen Konfektionswerkstätte, die Ueberarbeit bewilligt erhalten hatte, wurde am letzten Bewilligungstage polizeilich revidiert. Es stellte sich heraus, daß die Arbeitgeberin in der Bewilligungsüberlegung die Dauer der Ueberarbeit durch eigenmächtige Abänderung der Ziffern verändert hatte, um länger arbeiten lassen zu können.“ Diese Geschäftsinhaberin mußte etwas mehr blechen — 300 Mark Geldstrafe. Als „bemerkenswert“ wird aus Merseburg berichtet, daß in einem Fall das Schöffengericht mit der Begründung auf 100 Mark Geldstrafe erkannt habe, „daß durch die Höhe der Strafe der etwaige Gewinn aus der Ueberbeschäftigung aufgehoben und von einer Wiederholung des Vergehens abgeschreckt werden solle.“

## Wochenhilfe nach der Reichsversicherungsvorschrift

k. r. Nach dem § 195 der Reichsversicherungsvorschrift erhalten Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherungsvorschrift oder bei einer knappschaftlichen Kranken-

nen ist es zu danken, daß diese Vernichtung nicht stattfand.

Der Markt in Deutschland war so gut wie versorgt, und Koenig wandte sich nach dem Auslande, namentlich Frankreich, um neue Absatzgebiete zu suchen. In Frankreich kannte man wohl englische und einheimische Fabrikate, aber keine deutschen Maschinen. Um diese den Interessenten vorzuführen, stellte der Erfinder eine einfache Maschine in Paris auf und ließ diese laufen. Diese Spekulation erwies sich als eine sehr gute, denn wesentliche Aufträge liefen ein und Koenig konnte mit dem Geschäft wohl zufrieden sein. Von der Ausdehnung der Fabrik um diese Zeit erhalten wir einen Begriff, wenn wir hören, daß 1826 etwa 60 Arbeiter beschäftigt wurden.

Von dem übrigen Auslande wurde jetzt auch Rußland, Holland und vor allem wieder England bearbeitet. Auch nach diesen Ländern konnten neue Maschinen geliefert werden.

So kam das Jahr 1830 heran. Die Fabrik stand jetzt auf der Höhe und beschäftigte etwa 120 Arbeiter. Mit einem Schlage wurde das anders als die Juli-Revolution in Frankreich einsetzte und das Geschäft und die Fabrik lahm legte. Von den Arbeitern mußte allwöchentlich eine Anzahl entlassen werden, so daß zu Ausgang des Jahres die Fabrikräume verödet waren. Nur

lasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, und zwar für acht Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Nach dem bisherigen Krankenversicherungsgesetz waren insgesamt nur sechs Wochen vorgesehen. Die eingeführte Verbesserung wurde nun aber für alle Mitglieder der Landrentenkassen, die der Gewerbeordnung nicht unterliegen, in dritter Lesung dahingehend verschlechtert, daß die Statuten dieser Kassen die Dauer des Wochenlohnbezuges auf mindestens vier und höchstens acht Wochen bestimmen können.

Neben dem Wochenlohn wird Krankengeld nicht gewährt. Die unterstützungsberechtigten Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen.

Die Erweiterung der Wöchnerinnenunterstützung von sechs auf acht Wochen soll ohne weiteres als Verbesserung anerkannt werden. Aber der Wahrheit gemäß muß hinzugefügt werden, daß sie nur ganz, ganz minimal ist und absolut nicht dem entspricht, was notwendig ist und auch durchführbar gewesen wäre. Und außerdem glaubt die herrschende Klasse erfahrungsgemäß mit solchen winzigen Zugeständnissen jeden weiteren Fortschritt in Versicherungsweisen auf Jahre hinaus berrammelt zu haben. Ganz energisch und rücksichtslos muß daneben die vorgesehene Verschlechterung für Mitglieder der Landrentenkassen gebrandmarkt werden. Dies umso mehr, als Deutschland hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit sowie schon an der Spitze der europäischen Staaten steht. In den Jahren 1901—1908 sind in Deutschland 19,5 Proz. der Kinder im ersten Lebensjahre gestorben. Nur Rußland und Oesterreich zeigen für Europa eine noch größere Sterblichkeit. In einzelnen Industriebezirken aber ist der Prozentfuß bedeutend höher, so z. B. in Schlesien mit seinen traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen für die Arbeiter 24,9 Proz., im Königreich Sachsen 1905 27,5 Proz., 1908 20,1 Prozent.

Aber auch Gebiete mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung überschreiten vielfach die Reichsdurchschnittszahl, z. B. in Westpreußen mit 24,8, Ostpreußen mit 23, Bayern mit 25,3 Prozent im Jahre 1905.

Nach § 196 der Reichsversicherungsvorschrift kann die Krankenkasse mit Zustimmung der Wöchnerin an Stelle des Wochenlohnbezuges die Wöchnerin in einem Wöchnerinnenheim gewähren. Wird diese Kur und Pflege einer solchen Wöchnerin gewährt, die bisher von ihrem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so ist daneben ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen. Das Hausgeld kann anstatt an die Wöchnerin direkt an die Angehörigen

14 Arbeiter fanden sich vor; Sorge und Kummer hielten wieder ihren Einzug, und unter deren Einwirkung hatte der Gesundheitszustand Koenigs gar sehr zu leiden. Trotzdem gönnte er sich keine Ruhe. Unablässig war er bemüht, Verbesserungen an seinen Maschinen anzubringen und neue Bauarten zu erfinden. So hatte er noch 1832 eine Zweifarbemaschine fertig gestellt, wenn er auch keinen Abnehmer dafür fand.

Die ewige Sorgen verschleuchten den Schlaf von dem müden Erfinder. Diese Schlaflosigkeit war auch der Grund zu dem schnellsten Kräfteverfall Koenigs und er fühlte, daß er auf ein langes Leben nicht mehr zu rechnen haben würde. Am 15. Januar 1833 wurde er von einem Schlaganfall heimgejucht. Bis zum 17. desselben Monats rang er mit dem Tode, an welchem Tage sich der Allbezwinger als der Stärkere erwies und die Augen dem großen Erfinder für immer schloß. Wenn auch Koenig ging, sein Name wird immer dort leben, wo man den Wert Gutenbergs Kunst erkannt hat; mit ihr wird der Name des Erfinders der Schnellpresse fortleben! Neben ihm auch der Name Bauers, welcher im Jahre 1860 starb. Begraben liegt Koenig auf dem stillen Klostergarten in Oberzell, neben ihm sein Freund Bauer. Also auch beide im Tode vereint.

gen ausgezahlt werden. Weiter kann die Kasse mit Zustimmung der Wöchnerin Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen gewähren und dafür bis zur Hälfte des Wochenlohnbezuges abziehen. Das Statut kann nach § 198 der Reichsversicherungsvorschrift die Versicherungspflichtigen Ehefrauen oder allen weiblichen Versicherungspflichtigen, die gemäß § 195 Anspruch auf Wochenlohn haben, Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe, die bei der Niederkunft erforderlich werden, zubilligen.

Bei den Verhandlungen in der Kommission gab der Staatssekretär des Innern bezüglich der Versorgung der versicherten Ehefrauen mit den erforderlichen Hebammendiensten und ärztlicher Geburtshilfe die Erklärung ab, es sei bei der Vorberatung der Reichsversicherungsvorschrift sowohl im Königlich Preussischen Staatsministerium als auch von den anderen verbündeten Regierungen im Bundesrat ausdrücklich beschlossen worden, daß über die Mehraufwendung hinaus, welche die Vorlage in Aussicht nehme, weiteren Belastungen des Reichs oder des deutschen Wirtschaftslebens mit höheren Versicherungsleistungen nicht zugestimmt werden könne. Demgemäß halte er es für ausgeschlossen, daß die verbündeten Regierungen einem Beschlusse des Reichstages beitreten, der eine solche Mehrlieferung einführe. Wenn ein solcher Beschluß gefaßt werden sollte, so würde dadurch die Reichsversicherungsvorschrift für die Regierung unannehmbar werden. — Nachdem diese Erklärung vom Stapel gelassen, wurde von verschiedenen Rednern, wie es in dem Kommissionsbericht zum 2. Buch Seite 99 heißt, unter dem Ausdruck des Bedauerns über die Stellungnahme der Regierung erklärt, daß man unter diesen Umständen auf die obligatorische, d. h. pflichtgemäß zu leistende Hebammenhilfe verzichte. So ist es gekommen, daß eine ausreichende Mutterchaftsversicherung den Frauen durch die Reichsversicherungsvorschrift nicht gebracht wurde. Dieselbe ist von den Sozialdemokraten nachdrücklich verlangt worden, leider vergeblich. Die schuldigen bürgerlichen Parteien waren froh, daß sie sich hinter dem „Unannehmbar“ der Regierung verstecken konnten.

Nach dem § 199 der Reichsversicherungsvorschrift kann das Statut Schwangeren, die der Kasse mindestens sechs Monate angehören, erstens, wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein Schwangerengeld, und zwar in Höhe des Krankengeldes und bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen zubilligen, zweitens auf die Dauer dieser Leistung die Zeit der Gewährung des Wochenlohnbezuges vor der Niederkunft anrechnen, drittens, Hebammendienste und ärztliche Behandlung, die bei etwaigen Schwangerschaftsbeschwerden notwendig werden, zubilligen. Endlich kann das Statut Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes und bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft zubilligen. Was aber fast jede einzelne dieser vorgesehene Mehrleistungen anbetrifft, so sind sie fast alle in das Belieben der Kassen gestellt. Daselbe ist auch bei der Familienhilfe der Fall. Hier kann das Statut Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten zubilligen. Aber wie gesagt, überall kann die Kasse solches tun, eine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht jedoch nicht.

Unter solchen Umständen ist die Zusammensetzung des Kassenvorstandes resp. Ausschusses in Zukunft für die Versicherten, namentlich aber für die weiblichen, von noch größerer Bedeutung. Die Erweiterung der Bestimmungen wird ganz wesentlich von der Zusammensetzung des Ausschusses und Vorstandes der Kasse abhängen. Mögen sich deshalb die weiblichen Versicherten von jetzt ab vollzählig an den Wahlen zur Krankenkasse beteiligen, es ist ja so ziemlich das einzige Wahlrecht, das sie bis jetzt in Preußen-Deutschland ausüben können. Mögen sie aber auch dafür eintreten, daß, sofern nun Kassen eine Erweiterung ihrer Leistungen eintreten lassen, sich dieselben nicht allein auf die versicherungspflichtigen Ehefrauen, — wie es der § 198 z. B. gestattet — sondern auf alle weiblichen Versicherten, auch auf die ledigen Wöchnerinnen, erstrecken.

## Korrespondenzen.

**Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 1. August.** Dieselbe war überaus zahlreich besucht, galt es doch Stellung zu nehmen zur Tarifrevision und zu den von der Lohnkommission aufgestellten und am 1. September einzureichenden Lohnsätzen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben unserer Kollegin Prell in der üblichen Weise. Sodann gab der Vorsitzende bekannt, daß am 20. August eine Konferenz unseres Gaues stattfindet und wurde hierzu Kollege Kroiß als Delegierter gewählt. Des Weiteren findet am 21. August eine öffentliche Versammlung statt, in welcher unsere Zentralvorsitzende Kollegin Thiede referieren wird. Wir erwarten von unseren Kollegen und Kolleginnen, daß sie in dieser Versammlung ebenso zahlreich erscheinen, wie in der heutigen Mitgliederversammlung. Hierauf besprach Kollege Kalb in einem einstündigen Referat die verfloßene Tarifperiode, dabei auch auf die tariflose Zeit Bezug nehmend. Und so stehen wir nun vor dem Ablauf unseres ersten Tarifvertrages. Wenn wir nun unsere gegenwärtigen Löhne etwas näher betrachten, so muß gesagt werden, daß dieselben bei den jetzigen Leuerungsverhältnissen bei weitem nicht mehr ausreichen, um einen auch nur einigermaßen geordneten Haushalt führen zu können. Deshalb muß es jetzt unsere Aufgabe sein, alles daran zu setzen, daß wir bei einem neuen Tarifabschluß eine Lohnerhöhung durchführen, welche mit der verteuerten Lebenshaltung einigermaßen in Einklang zu bringen ist. Es werden auch die „Allgemeinen Bestimmungen“ einer Revision unterzogen, in welchen die einzelnen Paragraphen eine präzisere Fassung erhalten werden. Im weiteren wies der Redner darauf hin, daß die Unternehmer den Minimallohn als Maximallohn betrachten und nicht dazu zu bewegen sind, denselben während der Tarifdauer zu erhöhen, was bei der Tarifrevision beachtet werden muß. Und so können wir zum Schluß mit den Erfahrungen, welche wir gemacht haben, sagen, daß wir auch ferner gewillt sind, gemeinsam unter einem Tarifverhältnis weiter zu wirken, zum Nutzen für beide Teile. Nun gab Kollege Kalb die neuinzureichenden Forderungen bekannt, welche von der Versammlung einstimmig gutgeheißen wurden. Aus der Stimmung der Versammelten konnte man ersehen, daß dieselben gewillt sind, den Forderungen auch den nötigen Nachdruck zu verleihen. Hoffen wir nun, daß die Frankfurter Prinzipale einsichtig genug sind, bei der immer mehr aufwärts steigenden Leuerung anzuerkennen, daß eine den Verhältnissen angemessene Lohnerhöhung unbedingt erfolgen muß, soll auch das Hilfspersonal in der Lage sein, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen.

**Gau-Konferenz der Gauen 4 und 4a (Süd- und Nordbavarn).** In Nürnberg tagte am 6. August eine Konferenz der auf dem letzten Verbandstage geschaffenen zwei bayerischen Gauen. Sämtliche bayerischen Zahlstellen waren vertreten, ebenso der Verbandsvorstand durch die Kollegin Thiede. Nach Eröffnung der Konferenz, der als Gast auch der Vorsitzende des Nürnberger Graphischen Kartells bewohnte, erläuterten die Vertreter der einzelnen Zahlstellen Bericht über den Stand der Bewegung. Die Fortschritte, die seit der vorjährigen Regensburger Tagung, sowohl in der Mitgliederzunahme wie auch an erfolgreich durchgeführten Lohnbewegungen gemacht wurden, geben begründete Hoffnung auf ein ständiges Wachstum der Zahlstellen, speziell im Hinblick auf die Tarifrevision im Buchdruckgewerbe. Wiedergegründet wurde die Zahlstelle Kempten, die sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens sehr gut entwickelte, vor Kinderkrankheiten verschont blieb und als Nünstles doch kein Schmerzenskind darstellte. In Kaufbeuren und Augsburg gelang es wiederum einen Tarif für das Steindruckpersonal abzuschließen, und es steht zu erwarten, daß auch die Augsburgische Kollegenchaft im Buchdruck diesmal zu einer tariflichen Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse kommt. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Der ausführliche Bericht der Münchener Zahlstelle brachte nur Erfreuliches. Interessant waren speziell die Ausführungen über die Abschaffung der nichtgeschäftlichen Feiertage, die dank des misserhaften Organisationsverhältnisses durch Einführung zweier freier Wochentage im Jahre ausgeglichen wurden. Allgemein gefaßt wurde über mangelndes Verständnis bei Aufnahme der Statistik und Nachlässigkeit im schriftlichen Verkehr mit den Kaufleuten. Regensburg hat außerordentliche Fortschritte aufzuweisen trotz der graphischen Zentrumskonkurrenz, weil auch das

Hilfspersonal nicht immer Knecht oder Magd bleiben will. In Schwabach ist durch den flauen Geschäftsgang die Zahl der Beschäftigten und damit auch die der Organisierten gesunken, weil die einzige Firma, die vorwiegend Zigarettenproduktion herstellt, durch die neue Labalfsteuer eine Minderung ihres Absatzes erfuhr. Nürnberg hat unter der großen Fluktuation zu leiden, weil bei der ständigen Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften ein immerwährender Wechsel der Branche und der Arbeitsstelle folgt. Der Stamm von geübtem Hilfspersonal gehört jedoch der Organisation an. Die Mitgliederzahl hält sich auf der alten Höhe. Fürth, die Schwesterstadt der alten Noris, kann einen ständigen Aufschwung konstatieren, was man von Würzburg trotz aller Bemühungen der Verwaltung nicht sagen kann. Die Arbeiterinnen, die teilweise in der Umgebung auf dem Lande wohnen, sind besonders schwer für die Organisation zu gewinnen, weil sie in ihrer verdamnten Bedürfnislosigkeit schon die Zahlung von Geldlohn — von 5 Mk. an aufwärts — anstatt Naturallohn als einen großen Fortschritt betrachten. Zum Ueberfluß hat eine maßgebende Firma auch noch eine Wohnfahrtsplage, genannt Prämienzahlung, bei längerer Beschäftigungsdauer eingeführt. In Ansbach wird in nächster Zeit versucht, wiederum Boden zu gewinnen. Erfreulicherweise wächst überall bei den anderen graphischen Verbänden das Verständnis für die Notwendigkeit einseitiger Zusammenarbeit. Im eigentlichen Interesse müßten speziell die Kolleginnen vor der Zahlung in eine niedrigere Beitragsklasse, als wie sie ihrem Lohn entspricht, gezwungen werden, denn diese Steuerhinterziehung rächt sich bitter beim Unterhaltungsbezug. Es ist anzuerkennen, wenn Angehörige anderer oder verwandter Berufe in erster Zeit die Leitung einer Zahlstelle übernehmen, daraus erwächst jedoch diesen nicht die Verpflichtung, ständig für uns tätig zu sein. Unsere Mitglieder müssen selbst bestrebt sein, aus eigenen Kräften die Leitung der Zahlstelle zu übernehmen. Bei der Ansprache über die eventuelle Tariferneuerung in den Buchdruckereien der zu den bayerischen Gauen gehörenden Tarifstädten führte die Verbandsvorsitzende aus, daß aus dem Berg von Anträgen, die beim Verbandsvorstande eingereicht wurden, das Zweckmäßige und Erreichbare herausgeholt werde. Die verbesserten allgemeinen Bestimmungen werden auch fernerhin das Knochengeriß unseres Tarifes bilden, dem durch die örtlichen Lohnstarife erst Fleisch und Blut gegeben und damit Leben eingehaucht werde. Sorge jede Zahlstelle dafür, daß kein blutarmes Geschöpf entsteht. Die allgemeinen Ausichten für den Tarifabschluß besprechend, dabei auch auf die vorgebrachten Wünsche und Meinungen eingehend, erörterte Kollegin Thiede auch ausführlich die gegenwärtige Lage im Steindruckgewerbe, für das gerade Nürnberg-Fürth ein heißer Boden ist. Der von der Kollegin Burkert-München erstattete Bericht der Gaukasse wurde von den Revisoren als richtig anerkannt, ebenso soll wie bisher auch in Zukunft die Gaukonferenz gemeinschaftlich abgehalten werden, weil mit der Trennung des Gaues nur eine Arbeitssteigerung, aber keine Donatlinie als Grenzfluß geschaffen werden sollte. Regensburg, das politisch und gewerkschaftlich nach München gravitiert — der zur selben Zeit hier abgehaltene nordbayerische Parteitag bekräftigt diese Auffassung — soll unbefristet München zugeteilt werden, um so mehr, weil doch Kollegen Schmidt die Vaterschaft bei Gründung der Zahlstelle und Schaffung des Tarifes nicht bestritten werden soll. Als nächster Tagungsort wurde Augsburg bestimmt. In seinem Schlußwort wies der Vor-

sitzende Reckling auf den sachlichen Verlauf der Tagung hin, forderte zur unermüdbaren Werbetätigkeit auf, der Schwierigkeiten gedenkend, die wir noch zu überwinden haben, und die darin bestehen, die Gleichgültigen zu gewinnen und die Gewonnenen zu festigen. Jahrelange, mühsame Kleinarbeit bedarf es, um den Unverstand der weiblichen Massen zu durchbrechen und die Kollegenchaft so zu erziehen, daß sie in der Organisation nicht nur eine Versicherungseinrichtung sieht, sondern darin das ideelle und materielle Rückgrat im Kampf ums Dasein erblickt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Tagung geschlossen.

## Versammlungskalender.

**Erfurt.** Monats-Versammlung am 21. August 1911, 8 1/2 Uhr abends im Eivoki. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.

## Adressenveränderungen.

**Halberstadt.**

Vorsitzender: Friedrich Seifert, Ritterstraße 5 II.

## Briefkasten.

**Nürnberg.** Da die Bärenhüte der letzten Wochen schon so viel Unheil angerichtet hat, nicht zuletzt unter unseren mehr oder minder geschätzten Mitarbeitern, so sei auch Euer letzter Bericht auf dieses Konto gesetzt und aufgenommen. Nach hoffentlich baldigem Eintritt normaler Temperaturverhältnisse werden natürlich nur noch Originalberichte veröffentlicht. — A. Sch., B. R., L. D. und M. in München. Westen Dank für hübschen Trost und Segensgruß. — Frankfurt a. M. Den Schluß des Berichtes haben wir gestrichelt, weil wir der Meinung sind, daß die Ortsverwaltung andere Mittel genug anzuwenden vermag, um mit notorischen Störenfriedern, wie Sch. einer zu sein scheint, tabula rasa zu machen.

## Statistik.

Bei der Zusammenstellung der Arbeitslosenstatistik für den Monat Juli fehlten die Angaben aus den Zahlstellen Chemnitz, Görlitz, Hanau, Hildesheim, Köln, Siegen, Magdeburg, Mainz, Solingen, Würzburg. Die gesperrt gedruckten Orte haben auch im Vormonat nicht berichtet.

## Abrechnungen.

Das zweite Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Brieg 62.70, Karlsruhe 329.80, München 3259.15, Straßburg 505.85, Stuttgart 929.63 Mk.

Die noch mit der Abrechnung des zweiten Quartals sich im Rückstande befindlichen Zahlstellen werden ersucht, umgehend abzurechnen.

H. Loda hl.

Im Verlage der Generalkommission ist soeben erschienen:

# Protokoll der Verhandlungen des 8. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands

abgehalten in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli 1911 in Dresden.

Das Protokoll kostet im Buchhandel 1 Mk. pro Exemplar. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten daselbe zum Selbstkostenpreis von 25 Pfennig pro Exemplar.

Der Vertrieb unter den Gewerkschaftsmitgliedern soll durch die Gewerkschaftskartelle erfolgen. Wir bitten deshalb, bei den Gewerkschaften in Ihrem Orte Umtrage zu halten, wieviel Exemplare verlangt werden und nach erfolgter Feststellung uns die Zahl auf beiliegender Bestellkarte mitzuteilen. Desgleichen die Adresse, an welche die Sendung erfolgen soll.

Eine besondere Empfehlung des Protokolls an dieser Stelle dürfte nicht notwendig sein, nachdem die gesamte Tagespresse und alle Gewerkschaftsblätter auf die hohe Bedeutung der Verhandlungen des achten Gewerkschaftskongresses hingewiesen haben. Das Protokoll das die Verhandlungen des Kongresses in ausführlicher Weise wiedergibt, verdient die weiteste Verbreitung.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

J. A. Hermann Kube.

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 33.

Berlin, den 19 August 1911

17. Jahrgang.

## Wahrheit, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit.

Die letzten Nummern unserer „Solidarität“ befaßten sich mit dem Zeitungsstreik im Berl. Lokal-Anzeiger. Diese Artikel enthielten absichtliche Entstellungen, ja direkte Unwahrheiten. Was man damit beabsichtigte, blieb denn auch nicht aus. Es wurde das Verhalten der Berliner Kollegen überall verurteilt. Alles, was man bisher in der „Solidarität“ über den Zeitungsstreik hörte, war eine einseitige Meinung, auch war der nötige Raum dafür vorhanden; uns dagegen nahm man jede Möglichkeit zur Rechtfertigung. Erst ein energischer Protest der Vertrauensleute Berlins veranlaßte unsere Redakteur, uns die Spalten der „Solidarität“ zu öffnen. Wir sind nun in der Lage der gesamten Kollegenschaft Deutschlands die volle Wahrheit unterbreiten zu können.

Es ist bekannte Tatsache, daß die Hilfsarbeiter durch das Vorgehen der 37 Maschinenmeister in den Konflikt verwickelt wurden. Es ist auch nicht aus der Welt zu schaffen, daß das Urteil des Tarifamtes die Schuld an dem Vorgehen der Maschinenmeister trägt. Ich will es mir nicht zur Aufgabe machen, auf das Recht oder Unrecht der 37 Maschinenmeister einzugehen, sondern will das Verhalten der Hilfsarbeiter objektiv klären.

Als am Freitag, den 16. Juni die 37 Maschinenmeister die Arbeit niedergelegt hatten, mußte man sich damit beschäftigen, welche Stellung das Hilfspersonal hierzu einnimmt. Das Verlangen, welches unser Zentral-Vorstand an die Vertrauensleute stellte, konnten dieselben nicht akzeptieren und verlangten, daß die Kollegen selbst darüber entscheiden sollen. Es wurde sofort eine Versammlung einberufen; hier gab unser Zentral-Vorstand seine Ansicht zum Besten. Er stellte sich auf denselben Standpunkt wie das Tarifamt und der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker und verlangt von uns, daß wir auf keinen Fall Solidarität üben dürfen, sonst müßten wir alle Konsequenzen selbst tragen. Die Kollegen begriffen die Situation sofort und konnten es auch verstehen, daß unser Zentral-Vorstand von einer Solidaritätserklärung abriet; es wurden aber von Seiten der Kollegen Vorschläge gemacht, welche der Zentral-Vorstand auf alle Fälle hätte unterstützen können. Die Hilfsarbeiter stellten sich auf folgenden Standpunkt:

Wir berichten unsere Arbeit, sollte man aber von uns verlangen, mit Obermaschinenmeistern zusammen zu arbeiten, so würden wir das ablehnen. Hierzu will ich noch bemerken, daß die Arbeit der Obermaschinenmeister lediglich darin besteht, die Aufsicht im Maschinenaal zu führen; keinesfalls aber an den Maschinen selbst tätig zu sein brauchen.

Nach einer kurzen Aussprache ließ der die Versammlung leitende Kollege abstimmen, wer zu arbeiten bereit, und wer nicht zum arbeiten bereit ist. Das Resultat der Abstimmung war, daß 28 Kollegen dafür und alle übrigen dagegen stimmten. Hiernach ging das gesamte Personal wieder in den Betrieb hinein.

Um 1/2 11 Uhr nachts kam der Faktor und richtete an die Rotationsarbeiter die Frage, ob sie arbeiten wollen, worauf die Kollegen antworteten: gewiß wollen wir arbeiten. Die Rotationsarbeiter gingen dann auf Aufforderung des Faktors an ihre Plätze. Nun stellte der Faktor die Frage, ob man gewillt ist, mit den Obermaschinenmeistern zusammen zu arbeiten. Dieses Verlangen lehnten die Kollegen ab. Der Faktor forderte hierauf die Rotationsarbeiter auf, sich anzuziehen und nach Hause zu gehen; was dieselben denn auch taten. Die 28 Kollegen, welche

für Arbeitsaufnahme waren, schlossen sich den übrigen an.

Das war das Verhalten der Rotationsarbeiter, und ich behaupte, daß ihr Vorgehen ein ganz korrektes war und nicht gegen die Ansicht des Zentral-Vorstandes verstieß. Nach meinem Dafürhalten stand bisher auch der Zentral-Vorstand auf dem Standpunkt, daß bei Differenzen mit der Geschäftsleitung die Rotationsarbeiter nicht verpflichtet werden können, mit den Obermaschinenmeistern zusammen zu arbeiten. Nun zur Falzerei: In der Falzerei wurde bis um 12 Uhr gearbeitet. Es wurde die Zeitschrift „Der Tag“ fertiggestellt. Als diese Arbeit beendet war, hatten die Falzer Pause, und konnten so mit ansehen, was sich im Geschäft abspielte. Die Obermaschinenmeister machten direkte Streitarbeit, sie verrichteten nicht nur die Arbeiten der streikenden Maschinenmeister, sondern auch die des Hilfspersonal. Wir mußten zusehen, daß man ein ganzes Streikbrecherregiment zusammenscharte; Obermaschinenmeister anderer Abteilungen, Falzerei-Vorsteher, Schlosser, ja sogar Laufburschen wurden herangezogen, Streikbrecherdienste zu leisten. Als man dann glücklich morgens um 4 Uhr soweit war, 2 Maschinen in Gang zu setzen, und das berühmte Flugblatt zu drucken, weiterten sich die Falzer an der hinausbeförderung desselben teilzunehmen. Die Falzer wurden nun ebenfalls nach Hause geschickt. Ich behaupte, daß auch die Falzer ganz korrekt gehandelt haben; denn es wäre eine Schande gewesen, wenn wir mit Streikbrechern zusammen gearbeitet hätten. Dies war unser ganzes Verbrechen, und so haben wir uns nach Ansicht des Zentral-Vorstandes eines groben Tarifs- und Disziplinbruches schuldig gemacht. Ich halte es gerade bescheiden für notwendig, daß wir auch mal das Verhalten des Zentral-Vorstandes einer näheren Ansicht unterziehen.

Als an dem fraglichen Freitag unser Zentral-Vorstand das erstmal zu den Kollegen sprach, da hatte ich mindestens erwartet, daß man uns Ratsschläge geben würde, wie wir uns aus dem Dilemma am besten herauswinden könnten; aber weit gefehlt. Die Kollegin Thiede und Kollege Bucher schlugen denselben Ton an, wie der Vorstand des Verbandes der Buchdrucker, ja sie machten direkt Stimmung gegen die 37 Maschinenmeister. Es wurden dann von unsern Kollegen Vorschläge gemacht, welche von dem gesamten Hilfspersonal unterstützt wurden. Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß wir uns mit den Maschinenmeistern nicht direkt solidarisch erklären, aber ihnen auch nicht in den Rücken fallen werden. Wir machen unsere Arbeit, sollte man aber von uns verlangen, mit Obermaschinenmeistern zusammenzuarbeiten, so lehnen wir das ab. Hier muß ich betonen, daß die Kollegin Thiede und der Kollege Bucher kein Wort darauf erwiderten; als ich aber erklärte, daß uns die Arbeitszeitverlegung der Maschinenmeister ganz besonders interessiere, weil man das, was man mit den Maschinenmeistern gemacht hat, mit uns in aller nächster Zeit auch machen wird, und daß man sogar schon versucht hat, in der Falzerei eine ähnliche Arbeitszeit einzuführen. Als wir das ablehnten, erklärte uns die Geschäftsleitung, daß in der nächsten Woche die Arbeitszeit der Maschinenmeister eine andere wird, und dann auch die Lustige eine andere werden muß. Hierauf erklärte der Kollege Bucher: Seid nur nicht so ängstlich, sollte man Euch damit kommen, so werbet wir ja wissen, was wir zu tun und zu lassen haben.

Also auf der einen Seite verurteilte man die Maschinenmeister, weil sie sich eine derartige Arbeitszeit nicht aufbürden lassen wollen, auf der andern Seite ließ man durchblicken, daß wir es eben nicht anders machen würden; und nun fragte ich: Ist denn ein derartiges Verhalten geeignet,

das Verhältnis zwischen Maschinenmeistern und Hilfsarbeitern zu befestigen? Es ist geeignet, das selbe zu erschüttern.

Wir haben aber der Taktik unseres Zentral-Vorstandes noch viel mehr zu verdanken; und zwar, daß der Streik im Berl. Lokal-Anzeiger auch auf die beiden andern großen Betriebe Mofse und Ulstein ausgedehnt wurde. Nur dem energischen Eingreifen der Ortsvorstehenden Kollegen Moritz ist es zu verdanken, daß in diesen beiden Druckereien der Streik an demselben Tage wieder beigelegt wurde. Es fand am Sonntag den 18. Juni eine Versammlung der drei großen Betriebe statt, welcher ca. 5 bis 6 Tausend Kollegen, Buchdrucker und Hilfsarbeitern besuchte war. Hier wurde das Verhalten der Vorstände beider Verbände einstimmig verurteilt. Von einer Resolution wurde Abstand genommen. Man folgte einem Vorschlage des Ortsvorstehenden des Buchdruckerverbandes, welcher vom Kollegen Moritz unterstützt wurde. Dieser Vorschlag besagte: Die Kollegen möchten sich eine Kommission wählen, welche mit der Geschäftsleitung über eine Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln hätten, und hierbei versucht werden sollte, die Wiedereinstellung der 37 Maschinenmeister einschließlich der beiden gemäßigten Vertrauensleute zu erwirken.

Die Kommission wurde am Montag den 19. Juni vormittag vorgestellt, und erhielt von der Geschäftsleitung die Antwort, daß sie einen Bescheid erst um 6 Uhr Abends erteilen können. Die Kommission wurde dann plötzlich zu einer Aussprache mit dem Zentral-Vorstand gerufen.

Als dieselbe soweit es möglich war, um 1/2 6 Uhr abends erschien, wurde ihnen gesagt, daß bereits eine Sitzung mit den Prinzipalen stattgefunden habe, welche uns soweit entgegen gekommen sind, daß sie alle Maschinenmeister nach Bedarf allerdings, und das gesamte Hilfspersonal ohne Ausnahme wieder einstellen wollen. Als wir darauf erwiderten, daß das noch lange nicht das ist, was das Personal wünscht, wurde uns geantwortet: Wir haben keine Zeit uns lange zu unterhalten; wir werden um 6 Uhr von den Prinzipalen erwartet. Wir können Euch nur den guten Rat geben: nehmt das an, was Euch geboten wird. Als wir noch im Zweifel waren, was wir zu tun gedachten, sagte man uns: Nehmt Euch eine Droschke, und unterwegs könnt Ihr ja überlegen, was Ihr zu tun gedenkt.

Spottet es nicht jeder Beschreibung, daß man uns zutraut, während einer Droschkenfahrt von 10 Minuten Zeitdauer überhaupt Beschlüsse in einer so wichtigen Sache, in einer Existenzfrage zu fassen?

Als wir im Papierhause ankamen, mußten wir von den Prinzipalen hören, daß diese gar nicht daran denken, alle Maschinenmeister wieder einzustellen. Man erklärte uns: 30 Maschinenmeister werden nach Bedarf eingestellt, und das Hilfspersonal kann zufrieden sein, wenn es überhaupt wieder eingestellt wird.

Diese Taktik hatte ihren Erfolg wirklich nicht verfehlt, man machte uns vollständig kopflos, hinzu kam noch, daß die Buchdrucker zu Allem Ja und Amen sagten, und somit fand die Komödie, denn anders kann ich die ganze Sache nicht bezeichnen, ihr trauriges Ende.

Das ist das, was die Kollegen im Berliner Lokal-Anzeiger begangen haben; das ist in voller Wahrheit die Taktik und das Verhalten der Kollegen im Berliner Lokal-Anzeiger.

Das ist auch in voller Wahrheit das Verhalten des Zentral-Vorstandes. Man hat uns in der unerhörtesten Art und Weise beschimpft und beleidigt; man hat uns bei den deutschen Kollegen verläumdelt, ja man hat uns sogar dafür verant-

wortlich gemacht, daß unser Verhalten die nächste Tarifbewegung erheblich beeinträchtigen wird und vieles mehr.

Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, um nicht Richter in der eigenen Sache zu sein; das überlasse ich getrosten den Kollegen und den Kolleginnen Deutschlands. Aber eine Frage möchte ich mir erlauben:

Was schädigt das Wohlbefinden und Gedeihen unserer Organisation mehr, was beeinträchtigt unsere nächste Tarifberatung mehr, das Verhalten der Kollegen im Verl. Lokal-Anzeiger, welche nur so gehandelt haben, wie es organisierten Arbeitern zukommt, oder das Verhalten des Zentralvorstandes; und nicht zuletzt die unverschämte Schreibweise unserer „Solidarität“?

Nun noch ein paar Worte über die unerhörte Hege auf unsern Ortsvorsitzenden Kollegen Moritz. Ich will das Verhalten des Kollegen Moritz nicht verteidigen, das überlasse ich ihm selbst. Aber eins muß gesagt werden:

Wenn Wahrheit, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit noch Geltung haben, dann war das Verhalten des Kollegen Moritz nur ein ganz objektives und einwandfreies. Über sollte es mit der Wahrheit, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit schon so schlecht bestellt sein, daß man sich vor Unwahrheit, Unehrlichkeit und Ungerechtigkeit biegen muß?

Eugen Kraas.

## Rundschau.

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1910. Fast sämtliche Ortskrankenkassen haben nunmehr ihre Berichte auf das Jahr 1910 erscheinen lassen. Das sozialpolitische Material, das diese Berichte bieten, wird immer umfangreicher. Keine soziale Institution ist wohl mehr in der Lage des Arbeitsmarktes abhängig als eine Krankenkasse. Eine gute Konjunktur hebt die Mitgliederzahlen und vermindert die Unterhaltungen; eine schlechte vermindert die Zahl der Versicherten und läßt die Ausgaben steigen. Es sei nur nebenbei darauf hingewiesen, daß die größere Zahl der Kranken in den Zeiten der Krise nur zu einem bescheidenen Teil auf „Simulation“ zurückzuführen ist, die in derartigen Notfällen übrigens auch noch erklärlich wäre. Da das Jahr 1910 zweifellos ein Jahr des wirtschaftlichen Aufstieges war, so berichten auch die Krankenkassen (von Ausnahmen abgesehen) über günstige Geschäftsergebnisse im abgelaufenen Jahr. Die Mitgliederziffer ist überall gestiegen.

Nicht immer ganz so günstig entwickelten sich die Kassenverhältnisse. Das hat seinen Grund darin, daß allgemein und schon seither die Tendenz einer steigenden Inanspruchnahme der Kassenleistungen zu beobachten ist und daß auch sonst die Kassen im Jahre 1910 vielfach unter miffligen Verhältnissen zu leiden hatten. So haben die große Bauarbeiterausperrung und andere Ausstände, mitunter auch epidemisches Auftreten von Krankheiten die Geschäftsergebnisse der Kassen ungünstig beeinflusst. Es war daher oft erforderlich, daß die Kassenverwaltungen, um die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, die Kassenbeiträge erhöhen mußten. Nachstehend einige Beispiele:

Die Ortskrankenkassen Leipzig mit ihren 182 898 Mitgliedern, die größte Krankenkasse des Deutschen Reiches, berichtet von einer „erfreulichen allmählichen Aufwärtsbewegung“, was aus der steigenden Mitgliederzahl und dem günstigeren Rechnungsabluß hervorgeht. Gerade in Leipzig spiegt sich die Lage des Arbeitsmarktes in den Geschäftsergebnissen der Ortskrankenkasse wieder, da 90 Prozent der Arbeiterbevölkerung Mitglieder der Kasse sind. Bei der Ortskrankenkasse München stieg gegenüber dem Vorjahr die durchschnittliche Mitgliederzahl von 114 595 auf 125 142. Die „aufsteigende Konjunktur“ habe einen Ueberschuß von 305 642 M. gebracht. In Straßburg stieg zwar die Mitgliederzahl von 30 091 auf 31 254, doch leide die Kasse an durchaus ungünstigen finanziellen Ergebnissen, die vor allem durch die gesteigerten Krankengeldauswendungen veranlaßt sei. Die Ortskrankenkasse Königsberg berichtet von „recht zufriedenstellenden Ergebnissen“. Der Ueberschuß der Einnahmen betrug 132 102 M., die Mitgliederzahl stieg um 3,6 Proz. auf 23 200. Die Ortskrankenkasse Plauen mit ihren 51 132 Mitgliedern hatte unter dem Streik in der Stickerei, dem Baugewerbe, der Kartonnagenfabrikation

und in der Holzindustrie zu leiden. Gleichwohl stieg das Kassenvermögen um 195 810 M. Von günstigen Ergebnissen berichten noch die Kassen Weimar, wo die Mitgliederzahl von 8216 auf 8780 stieg, Weissen (Steigerung der Mitgliederzahl um 7 Proz. auf 8674), Magdeburg, Flensburg, Burzen, Rittau, Bernburg usw. Kottbus berichtet, daß zwar die Mitgliederzahl von 12 957 auf 13 282 gestiegen ist, doch sei die Geschäftskonjunktur eine ungünstige gewesen. In Erfurt war auch das abgelaufene Jahr kein günstiges. Dem Reserverfonds mußten 14 691 M. entnommen werden. Die Ursachen sind besonders in örtlichen Verhältnissen und in den Arztverhältnissen zu suchen. Auch in Bremerhaven war das Jahr kein günstiges, ebenso in Kiel.

Die Gesundheitsverhältnisse werden vielfach als besser (so in Birna, Bernburg, Magdeburg, Königsberg usw.), mehrfach als weniger befriedigend (in Weissen und Rittau), vereinzelt als ungünstig (so in Bremerhaven) bezeichnet. Von Differenzen mit den Ärzten berichtet Halle, Stralsburg (hieselbst habe die Regelung der Arztfrage „erhebliche Schwierigkeiten“ bereitet), Rittau, Erfurt (wo verlangt wurde, daß jeder zuziehende Arzt sofort zur Kassenpraxis zugelassen werde) usw.

Die Bestimmungen über die Angestellten der Krankenkassen sind mit der soeben erfolgten Verkündigung der Reichsversicherungsordnung im „Reichsgesetzblatt“ sogleich in Kraft getreten. Nach § 358 dieses Gesetzes sollen bei Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse der Angestellten das Versicherungsamt und als Beschwerdeinstanz das Oberversicherungsamt entscheiden. Das Nähere über das Verfahren bei Entlassung eines Angestellten wegen Vergehens gegen die Dienstordnung oder wegen Mißbrauch seiner Stellung zu religiöser und politischer Betätigung wird durch kaiserliche Verordnung geregelt werden, und zwar entsprechend den Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes über das Disziplinarverfahren. Da nun aber die Versicherungsämter noch nicht errichtet sind, treten nach den Bestimmungen des Einführungsgesetzes an ihre Stelle die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und als Beschwerdeinstanz das Reichsversicherungsamt. Dabei sollen für das Verfahren und die Fristen die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Spruchverfahren gelten. Die näheren Bestimmungen sind durch den Reichskanzler zu erlassen.

Die Organisation deutscher Arbeitgeber. Das Fünftest des Reichsarbeitsblattes bringt eine Uebersicht über den Stand der deutschen Arbeitgeberorganisationen zu Beginn des Jahres 1911. Nach dieser Zusammenstellung wurden ermittelt 93 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2261 Ortsverbände, zusammen also 2928 Verbände mit 127 424 Mitgliedern und 4 027 440 beschäftigten Arbeitern. Nach dem Bericht des Vorjahres ist das eine Steigerung von 315 Verbänden mit 12 329 Mitgliedern und 172 760 Arbeitern. Nach Berufsgruppen geordnet kamen auf:

|  | Mitglieder | Arbeiter |
|--|------------|----------|
| Landwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei     | 12 637     | 77 082   |
| Bergbau, Gütten- u. Salinenwesen         | 260        | 455 401  |
| Industrie der Steine und Erden           | 3 094      | 198 511  |
| Metallverarbeitung, Maschinenindustrie   | 18 258     | 749 885  |
| Chemische Industrie, Forstw.             | 101        | 23 858   |
| Nebenproduktion                          | 3 302      | 492 824  |
| Textilindustrie                          | 869        | 49 240   |
| Papierindustrie                          | 1 814      | 14 889   |
| Lebendindustrie                          | 4 986      | 65 387   |
| Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe     | 10 446     | 184 254  |
| Industrie der Nahrungs- und Genussmittel | 9 140      | 112 587  |
| Bekleidungs- u. Reinigungsgem.           | 51 832     | 448 845  |
| Baugewerbe                               | 5 468      | 75 656   |
| Boligraphisches Gewerbe                  | 3 985      | 96 004   |
| Handels-, Verkehrs- u. Handels-          | 404        | 880      |
| Gast- und Schankwirtschaft               | 514        | 25 000   |
| Freie Berufe (Theater, Musik)            | 8 621      | 9 9 142  |
| Gemischte Verbände                       |            |          |

Eine erhebliche Zunahme haben zu verzeichnen die Landwirtschaft mit 46 002 Arbeitern, die Textilindustrie mit 19 420 Arbeitern, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 57 554 Arbeitern und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 51 768 Arbeitern. Ein Verlust ziemlichen Umfanges wird vom Baugewerbe berichtet. Es ist dort ein Minus von 76 287 Arbeitern festgestellt, der Bericht erklärt diesen Rückgang mit dem bekannten, während der vorjährigen Bauarbeiterausperrung erfolgten Austritt der Berliner Baugeschäfte aus der Gesamtorganisation. Die Organisationen der Arbeitgeber haben also

im allgemeinen im Berichtsjahre 1910 erheblich an Ausdehnung zugenommen. Sogar der deutschen Arbeiter wird es sein, diesen Zuwachs im Unternehmerlager durch intensive Agitation für die Gewerkschaften zu überbieben.

Eine Papiervertuerung dürfte nach Mitteilungen der Fachpresse eintreten. Die anhaltende Erdenheit hat zur Befestigung des Holzstoffmarktes wesentlich beigetragen, das Angebot ist knapper geworden und die Preise haben angezogen. Diese Preissteigerungen dürften bis zum Herbst fortauern, weil in Skandinavien infolge der großen Arbeiterausperrung zahlreiche große Holzschliffabriken stillstehen und dadurch die Ausfuhr nach Deutschland beeinträchtigt wird. Für die Papierfabrikanten ist diese Vertuerung des wichtigsten Holzstoffes Veranlassung, schon jetzt die Preise für holzhaltige Druckpapiere zu erhöhen. So wurden die Preise für mittelfeine Druckpapiere um zunächst 1 Pf. pro Kilo erhöht, auch für weiße und farbige Prospektpapiere erfolgten kleinere Preissteigerungen. Zum Herbst wird mit einer Preissteigerung für Rotations- und Schnellpressendruckpapiere gerechnet. Bei Holzschliffreien Papieren mußten infolge der Ueberfüllung des Marktes mit Stapelware die Preise erheblich nachgeben. Kunstdruckpapiere, Kartons- und Autotypiepapiere hingegen sind gesucht, besonders auch vom Exportgroßhandel.

## Gineangegangene Druckschriften.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Band 1. Herausgegeben von Dr. Zadek. Wie bekannt, erscheinen seit einer Reihe von Jahren im Verlag der Buchhandlung Vorwärts fortlaufend Abhandlungen zur Gesundheitspflege des Arbeiters, die sich eines beständig wachsenden Zuspruchs seitens der Arbeiterschaft erfreuen. Bis jetzt sind nicht weniger als 27 solcher Einzelhefte erschienen, an deren Abfassung mehr als zwanzig Ärzte und andere Sachverständige beteiligt sind. Der Erfolg der Hefte legt den Gedanken nahe, die Abhandlungen in einem Bande zu vereinigen, der an Stelle der losen und darum leicht abhandkommenden und unansehnlich wirkenden Einzelhefte sich besser zur dauernden Benützung für die Familie, für Vereine und Bibliotheken eignet.

Dieser erste Band der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, der die ersten 20 Hefte umfaßt, liegt jetzt vor. Es ist ein stattlicher Band von 460 Seiten, überaus geschmackvoll und dauerhaft gebunden und auf gutem Papier gedruckt, mit zahlreichen zum Teil prächtigen Originalzeichnungen und einer farbigen Tafel (über die Zusammenfassung der Lebensmittel), mit einem Vorwort des Herausgebers und einem ausführlichen, alphabetischen Sachregister, welches der Orientierung und Benützung der Bibliothek als Nachschlagebuch sehr zufluten kommen wird.

Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek legt die Betonung auf die persönliche Gesundheitspflege, auf dasjenige, was der einzelne Arbeiter tun und lassen kann und darum tun und lassen soll, um sich gesund und arbeitsfähig zu erhalten, um sich und seine Familie vor Krankheiten zu schützen.

Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek will diesen Zweck erreichen, indem sie ihre Leser den Bau und die Funktionen des gesunden Körpers und seine einzelnen Organe kennen lehrt, sie über das Entstehen und Wesen der Krankheiten aufzuklären und an Stelle von Aberglauben und Vorurteilen richtige, dem derzeitigen Stand des medizinischen Wissens entsprechende Vorstellungen zu setzen sucht.

Wünschen wir diesem ersten Band der Sammlung einen vollen Erfolg und noch viele, ebenso inhaltreiche Nachfolger, damit jener Zweck in möglichst großem Umfang erreicht wird!

Der Band sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen!

Der Band ist zum Preise von 4,50 M. durch alle Buchhandlungen und Expeditionen zu beziehen.

Oliver Twist. Dieser Roman des berühmten Schriftstellers Charles Dickens findet bei den Lesern der Zeitschrift „In Freien Stunden“ allgemeines Interesse. Mit besonderer Spannung werden auch die Veröffentlichungen des russischen Revolutionärs Gregor Gerschun verfolgt, der den Lesern ein Bild der entsetzlichen Qualen gibt, die die russischen Freiheitskämpfer in den Gefängnissen zu erdulden haben.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich zum Preise von 10 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Exediture, Kolporture sowie die Postanstalten entgegen.